

DEUTSCHLAND**BONN****STRAUSS-PLATTEN**

Das Bundesverteidigungsministerium hat bei der Kölner Schallplattenfirma „Electrola“ 11 000 Schallplatten herstellen lassen, die in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Nato-Soldaten vor ihrer Heimreise als Symbol unverbrüchlicher bundesdeutscher Nato-Treue zum Geschenk gemacht wurden. Die Platten, deren Schutzhüllen Franz-Josef Strauß im Bilde zeigen, sind mit dem Bayrischen Defiliermarsch bespielt.

ZITATE

„Während die Worte des Bundeskanzlers ‚Die Lage war noch nie so ernst‘ der Opposition ständig Anlaß zu Witzspielen geben, nehmen sie dem Jung-Siegfried ihrer Partei, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt,

gewollt Heiterkeit auslösend, Bonner Reportern, „Sie können davon ausgehen, daß alle wissenschaftlich führenden Länder im Besitz“ dieses Geheimnisses seien. Aber an solchen Kleinigkeiten stieß sich niemand: Bundesdeutsche Rezepte zur Herstellung des Atombombenbrennstoffs U 235 in einer Gaszentrifuge haben weltweiten Spektakel ausgelöst.

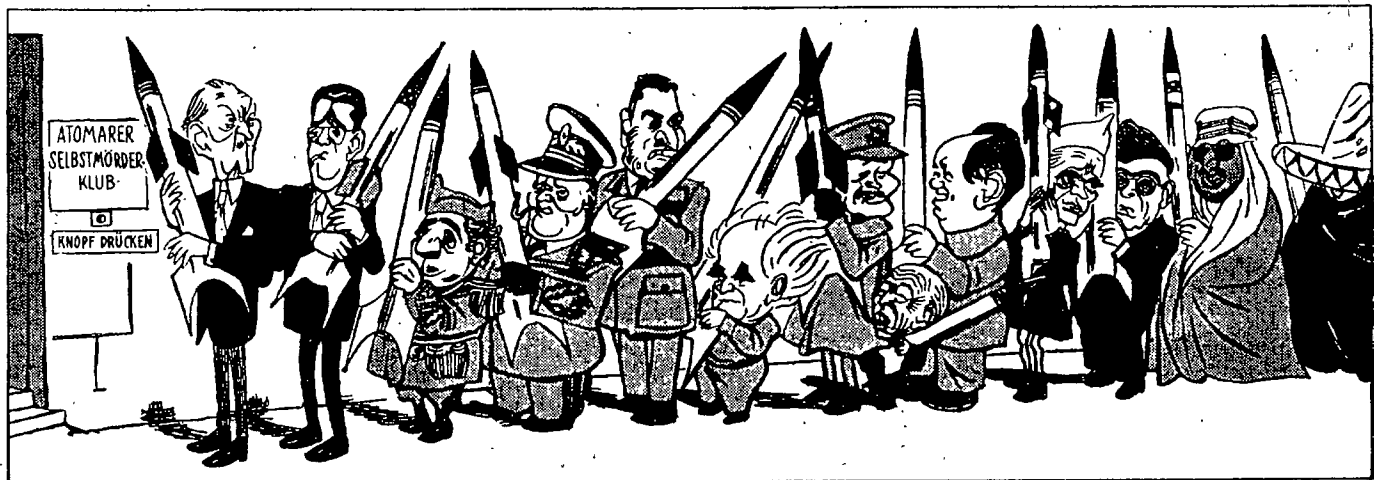
„Germany bietet billige Atom-Bombe“, zeterte der Londoner „Daily Express“ vierspaltig. „Die deutschen Arbeiten versprechen nichts Gutes für den Frieden“, unkte Radio Moskau. Und der US-Chefdelegierte bei den Vereinten Nationen, James Wadsworth, warnte, man könne „eines Tages aufwachen und feststellen, daß 15 oder 20 Länder Atomwaffen haben“.

Nichts, so will es scheinen, ist geeignet, dem deutschen Ansehen auf Erden so zu schaden, wie deutsche Tüchtigkeit und deutscher Erfindergeist, gleich,

Tatsächlich ist an den angeblich ersten Meldungen über eine angeblich neue und angeblich billigere Methode der Firma Degussa zur Gewinnung des Atombrennstoffs U 235 nicht weniger als alles falsch.

Es waren weder die ersten Meldungen noch handelt es sich um ein neues Verfahren. Die Degussa hat nur eines von zahlreichen Verfahren des gleichen Prinzips entwickelt. Und ob die Gaszentrifugenmethode überhaupt am wirtschaftlichsten ist, steht auch noch nicht fest. Seufzte ein Degussa-Sprecher: „Das Ganze ist nichts anderes als ein alter Hut.“

Mit ähnlichen Geräten wie der nun zum Staatsgeheimnis erklärten Gaszentrifuge experimentierten sowohl deutsche als auch amerikanische Wissenschaftler schon vor zwanzig Jahren im Zweiten Weltkrieg; 1941 wurden erste wissenschaftliche Arbeiten darüber in Deutschland veröffentlicht.



New Statesman

The Germans to the front

die gleichen Worte mit Begeisterung ab.“ (Bundesverteidigungsminister Strauß.)

„Der kostspielige Staat.“ (Überschrift der Kopenhagener „Berlingske Tidende“ zu einem Artikel über den Bundeshaushaltsplan.)

U 235**Das Staatsgeheimnis**

Es ist erreicht. Bonn hat ein Staatsgeheimnis, und ein atomares dazu. Deutschlands respektiertester Atomwissenschaftler, Nobelpreisträger Professor Werner Heisenberg, hält es zwar für „ziemlich bedeutungslos“, und ein Sprecher des Atomministeriums verriet, un-

ob er sich im Gasofen oder in der Gaszentrifuge materialisiert.

Nur ein Land genoß ganz augenscheinlich den Reiz, mit bundesdeutschem Uran das vom bundesdeutschen Urahn Adenauer errackerte Halbwelt-Vertrauen zu spalten. „Staatsgeheimnis“ jauchzte die „Welt“ am letzten Donnerstag in ihrer Schlagzeile. Bonn blähte sich vor Wichtigkeit. An der Börse sprangen die Kurse des Gaszentrifugen-Herstellers Degussa von einem Tag zum anderen um 255 Punkte und waren am letzten Freitag mit 1510 Mark für nominell 100 Mark notiert. Das ganze deutsche Bundesvolk sonnte sich in der Gewißheit der immer neuen Freude: Das und den Grafen Zeppelin, das macht uns Deutschen keiner nach.

Das Anliegen damals wie heute: die Gewinnung spaltbaren Materials als Brennstoff für Atombomben und Atomreaktoren — vor allem das Uran-Isotop 235.

Dieses radioaktive Uran 235 ist in natürlichem Uranmetall — einem Gemisch der Isotope U 238, U 235 und U 234 — mit einem Mengenanteil von nur 0,714 Prozent enthalten, während es Forscher und Bombenbauer in weitaus höherer Konzentration benötigen.

Damit war die komplizierte Aufgabe gestellt, die Uran-Isotope U 238 und U 235 zu entmischen. Theoretisch boten sich dabei mehrere Möglichkeiten an, etwa:

▷ das Diffusionsverfahren — Prinzip: Leichtere Isotope (U 235) durchdrin-

gen eine poröse Trennwand schneller als schwerere Isotope (U 238);

- ▷ das Zentrifugalverfahren — Prinzip: Leichtere Isotope (U 235) reichern sich in überschnellen Gaszentrifugen an der Drehachse, schwere Isotope (U 238) an der Außenwand an.

Die Amerikaner testeten noch zahlreiche andere Entmischungstechniken und gaben schließlich der Diffusionsmethode Vorrang.

Mit einem Aufwand von über einer Milliarde Dollar bauten sie in dem Tennessee-Flecken Oak Ridge eine Isotopen-Trennanlage von gigantischen Ausmaßen: Über eine Grundfläche von einer Million Quadratmetern legten sie ein Gasfiltersystem mit 16 000 Kilometern poröser Röhren aus, das in vielen tausend Arbeitsstufen gasförmige Uranverbindungen zu entmischen vermochte.

Die amerikanischen Mammutanlagen verschlingen an elektrischer Energie genau die Hälfte dessen, was heute in der gesamten Bundesrepublik verbraucht wird.

Deutsche Uran-Entmischer, die sich im Gegensatz zu den Amerikanern auf das Zentrifugalverfahren spezialisiert hatten, kamen im Krieg zunächst über Labor-Versuche nicht hinaus. Zwar gelang ihnen, einige (mit U 235) leicht angereicherte Uran-Proben herzustellen, doch wurde bald augenscheinlich, daß die technischen Probleme dieses Entmischungsverfahrens nicht im Eiltempo gelöst werden konnten.

Die enormen Materialbelastungen, die bei dem Betrieb einer rasend rotierenden Metallzentrifuge (über 40 000 Umdrehungen pro Minute) zwangsläufig auftreten, hatten schon die Amerikaner von dem Projekt abgeschreckt.

Dennoch schien dieses Trennverfahren im Prinzip so vorteilhaft — weil billiger —, daß deutsche Wissenschaftler sich nach dem Kriege abermals bemühten, betriebstüchtige Zentrifugen zu bauen.

Vorbereitungen und Experimente liefen in verschiedenen Hochschulinstituten an. In Bonn arbeitete Professor Wilhelm Groth an dem Projekt, beim Max-Planck-Institut Dr. Konrad Beyerle und in der Sowjetzone Professor Steenbeck, Jena.

Über die erzielten Forschungsergebnisse gaben die Fachzeitschriften regelmäßig Auskunft.

Schon 1956 wies der „Verband der Chemischen Industrie“ in einer Verlautbarung auf die westdeutschen Forschungsarbeiten unter der Überschrift hin: „Wird die Atomfabrik billiger?“

Unter den Industrie-Unternehmen, die sich der Entwicklung des Zentrifugen-Systems zuwandten, nahm die Degussa eine Sonderstellung ein.

Ogleich von drei deutschen Gaszentrifugen, die bisher ins Ausland verkauft wurden — zwei nach Brasilien, eine nach Amerika —, keine von der Degussa stammt und heute die AEG und die Kieler Firma H. Martin ebenfalls Zentrifugen bauen, gilt die Degussa als tonangebendes Unternehmen.

Die „Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vormals Roessler: Degussa“, deren Großaktionär die Waschpulver-Dynastie Henkel ist, zählte im

letzten Jahr mit einer Dividende von 16 Prozent zu den Spitzenreitern der westdeutschen Aktiengesellschaften.

Ihr Jahresumsatz beträgt fast eine Milliarde Mark; ihr Hauptproduktionsgebiet sind Gold- und Silberlegierungen für die Besteck- und Schmuckindustrie sowie Edelmetall-Halbzeug für die Industrie.

Seit 1955 bemüht sich die Firma um den verstärkten Ausbau ihres Chemie-Zweiges, vor allem durch ausgedehnte Forschungen, für die jährlich etwa zehn Millionen Mark ausgeworfen werden.

Aus ihren nuklearen Interessen machte die Degussa dabei keinen Hehl und hielt die Öffentlichkeit durch lakonische Fortschritts-Meldungen in ihrem



Entmischer Groth
Alter Hut

jährlichen Geschäftsbericht seit 1955 auf dem laufenden.

Auf der Degussa-Hauptversammlung dieses Jahres gestand der Vorstandsvorsitzende Dr. Felix Alexander Prentzel dann erstmalig, daß die Firma wegen ihrer Atom-Experimente mehrfach von der Sowjetzonen-Presse angegriffen worden sei; der Gaszentrifugen-Konstrukteur der Degussa, Dr. Gernot Zippe, hatte — unmittelbar nach Kriegsende in der Sowjetunion zwangsverpflichtet — an einem ähnlichen Projekt gearbeitet.

Gleichzeitig gab Vorstand-Prentzel bekannt, die Entwicklung lasse die Gründung einer nuklearen Tochtergesellschaft ratsam erscheinen.

So wurde im Mai dieses Jahres von der Degussa gemeinsam mit der „Rio Tinto Management Services Limited“, London, die Tochtergesellschaft „NUKEM, Nuklear-Chemie und -Metallurgie GmbH“ mit Sitz in Wölgang bei Hanau gegründet: Sie besitzt die sagenumwo-

bene Gaszentrifuge, die dieses Jahr im bundesamtlichen „Taschenbuch für Atomfragen 1960/61“, mit technischen Details abphotographiert, wiedergegeben wurde.

Diese Degussa-Zentrifuge, so bat nun die US-Regierung gelegentlich einer routinemäßigen deutsch-amerikanischen Atomkonferenz im Sommer dieses Jahres, möge die Bundesregierung samt allen ähnlichen Verfahren doch zu Geheimnissen erklären, um ihre Auswertung durch andere Länder zu verhindern; ein ähnlicher Wunsch wurde an Holland gerichtet, wo Professor Kistenmaker in Amsterdam auf dem gleichen Sektor tätig ist.

Die Bonner Regierung, der jeder amerikanische Wunsch ohnehin Befehl ist, beeilte sich, der Bitte zu entsprechen, und empfahl dem zuständigen Patentamt, in Zukunft alle Veröffentlichungen entsprechender Patente zu verbieten.

AA-Sprecher Dr. Hille zur Verdeutlichung so gearteten diplomatischen Unsinns: „Daß man heute etwas für geheim erklärt, schließt nicht aus, daß es vorher offen gewesen ist.“

Niemand hätte allerdings von dieser Entwicklung überhaupt Notiz genommen — wenn nicht gerade in diesen Wochen die USA von der unerbittlichsten aller amerikanischen Zivilisationsseuchen geschüttelt würden: dem Wahlkampf.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Jack Kennedy hat den Stopp der Atomtests zum Wahlkampfthema erkoren.

Am 9. Oktober forderte er die Regierung Eisenhower auf, eine neue Anstrengung zu unternehmen, um sich mit den Sowjets auf ein allgemeines Versuchs-Verbot zu einigen, ehe die Tests wiederaufgenommen würden, weil „jüngste Fortschritte der Technik die Atomwaffen in die Reichweite mehrerer neuer Nationen“ gebracht habe.

Wenn er Präsident würde — so Kennedy —, werde er eine Konferenz aller potentiellen Atomkräfte zur Kontrolle allen spaltbaren Materials und aller Atomwaffen einberufen.

Einen Tag später, am 10. Oktober, veröffentlichte die Kennedy-freundliche „Washington Post“ als erste Zeitung eine alarmierende Nachricht über Sorgen des US-Außenministeriums wegen der deutschen Rezepte zur billigen Gewinnung von Atombomben-Brennstoff. Damit war die Sensation vom Bonner Staatsgeheimnis geboren.

Der demokratische Senator Albert Gore aus Tennessee aber, Mitglied des Atom-ausschusses vom US-Kongreß, der seinem Kandidaten Kennedy bei der Abfassung der Test-Verbot-Forderung geholfen hatte, konnte tönen: „Es ist möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß innerhalb der Amtszeit des nächsten US-Präsidenten die Atombomben-Kapazität sich auf 20 oder mehr zusätzliche Nationen ausdehnen wird.“

Über Nacht erstrahlte das Haupt des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Kennedy mit seiner Forderung nach sofortiger Atom-Verhandlung mit Moskau im magischen Licht eines politischen Propheten.

Damit hat das atomare Staatsgeheimnis von Bonn eine Bedeutung gewonnen,

die bundesrepublikanischen Staatsaktionen in den vergangenen Jahren schon manches Mal gewollt und ungewollt zugefallen ist: Schützenhilfe im amerikanischen Wahlkampf zu liefern. Nur daß diesmal ein Demokrat von einem deutschen Staatsgeheimnis profitieren soll, ist in jeder Hinsicht neu.

ERHARD-KRISE

Der Enterbte

Selbst Heinrich Krone, dem bewährtesten Nothelfer der christdemokratischen Parlamentsfraktion, ist in der vergangenen Woche die Geduld ausgegangen, mit der er bisher unverdrossen jeden Zank zwischen seinem ältesten Kanzler und dem eigensinnigen Wirtschaftsminister geschlichtet hat.

Der Fraktionsvorsitzende hielt die Teilnahme an der Beerdigung eines Parteifreundes in Berlin für angenehmer als seine — zunächst geplante — Anwesenheit bei der vorläufig jüngsten Szene,

lichen Unterhaltung im Arbeitszimmer des Kanzlers zu charakterisieren.

Die daraus resultierende Nervosität aller mit der Pressebeeinflussung beschäftigten Bonner Staatsdiener offenbarte Staatssekretär Felix von Eckardt, als er vor Zeitungsleuten auf eine entsprechende Frage hochfahrend und schnippisch, wie es sonst nicht seine Art ist, dozierte: „Ich möchte die Frage, ob ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Bundeswirtschaftsminister unter die Geheimhaltung fällt, dahin beantworten, daß die beiden Herren darüber zu entscheiden haben, ob das unter die Geheimhaltung fällt oder nicht. Wie Sie gemerkt haben, sind sie nicht bereit, darüber nähere Auskünfte zu geben.“

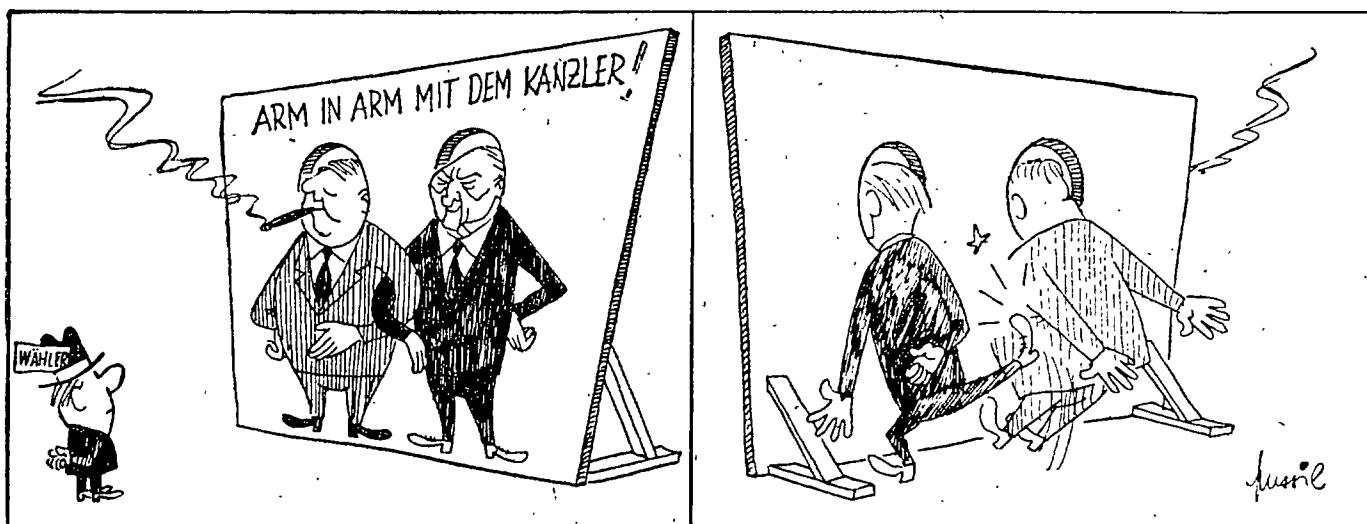
Dem engsten Führungskreis der CDU wurde wenigstens so viel bekannt, daß Adenauer seinem Wirtschaftsminister zugesichert hat, künftig keine Industriekapitäne mehr hinter dem Rücken Erhards zu empfangen: Eine Unterredung des Kanzlers am 4. Oktober — während Erhard in Persien weilte —

naturgemäß wenig Kontakt zu den Botschaften der Westmächte in Bonn hat, mußte sich mit diesem knappen Hinweis bescheiden.

Nur in dem auf Optimismus gedrillten Wirtschaftsministerium wurde nach dem Adenauer-Erhard-Gespräch das Kanzlerversprechen, nicht mehr allein mit Wirtschaftsführern konferieren zu wollen, als ein sicherer Zukunftswechsel akzeptiert.

Bei den wenigen eingeweihten Christdemokraten, die es nicht so gut wie Erhards Umgebung gewohnt sind, peinliche Vorstellungen zu verdrängen, war es in der letzten Woche eine ausgemachte Sache, daß die wichtigste und schwierigste Aufgabe der nächsten Monate das Vertuschen des Konflikts zwischen dem Kanzler und seinem Nachfolger (kraft Selbstbestimmung) sein wird.

Zu lange schon schwelt der Streit, als daß die CDU noch auf eine Ausöhnung zu hoffen wagt. Hinzu kommt, daß Ludwig Erhard sich nach Ansicht vieler Parteifreunde, die nur noch die Wahl vor Augen haben, zur Unzeit mit



Frankfurter Rundschau

die Konrad Adenauer und Ludwig Erhard einander gemacht haben.

Die beiden intimen Feinde mußten sich — am Dienstag voriger Woche — allein aussprechen. Das Ergebnis des anderthalbstündigen Austauschs von Vorwürfen und Gegenvorwürfen wurde später von Vorstandskollegen des vorsorglich nach Berlin abgereisten Fraktionsvorsitzenden Krone bedrückt dahin gedeutet, daß mit einer Fortsetzung des „Lausbubengezänks“ der beiden führenden CDU-Staatsmänner jederzeit gerechnet werden müsse.

Die Bemühungen der CDU-Spitzenkräfte, im beginnenden Wahlkampf die Uneinigkeit ihrer beiden prominentesten Stimmviehtreiber möglichst nicht nach außen sichtbar werden zu lassen, haben allerdings bewirkt, daß die Tiefe der Verstimmung zwischen Adenauer und Erhard von den bundesdeutschen Zeitungen in der vergangenen Woche nicht ganz ausgelotet werden konnte.

Der Kanzler erließ für sein Gespräch mit Erhard Geheimhaltungsvorschriften, die drakonische Maßregelungen für alle Angehörigen des Kanzleramts und des Wirtschaftsministeriums einschlossen, falls sie es etwa wagen sollten, auch nur die Tendenz der vertrau-

mit den Wirtschaftsführern Abs, Beitz, Haberland, Henle, Ochel, Pferdenges, Reusch, von Siemens, Sohl und Wurster war ein Stein des Anstoßes auf dem beschwerlichen Weg gewesen, den Adenauer und Erhard wider Willen gemeinsam gehen müssen, weil es die Parteiräson so befiehlt.

Zu dieser Besprechung sagte Adenauer in der vergangenen Woche, Auge in Auge mit seinem raunzenden Wirtschaftsminister, er habe die Industriellen gar nicht als Kanzler, sondern als Parteivorsitzender empfangen: Nicht das Problem der Preisstabilisierung, sondern die Wahlkampffinanzierung sei das Hauptgesprächsthema gewesen.

Erhard beklagte sich bei dem frostigen Disput im Palais Schaumburg — zu dem der Kanzler nicht den sonst bei Gesprächen um die Mittagsstunde üblichen Imbiß servieren ließ — auch über die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens, die gegen seinen Rat und ohne sein Wissen während seiner Auslandsreise ausgesprochen worden war.

Der Kanzler begnügte sich bei der Erläuterung seines Standpunktes in dieser Frage mit dem Hinweis auf einschlägige alliierter Wünsche. Erhard, der

der Industrie angelegt hat: Die von ihm aus sachlichen Gründen geplanten konjunkturepolitischen Maßnahmen sind dazu angetan, die potentesten Geldgeber der Regierungspartei, die Industriellen, ein knappes Jahr vor der nächsten Wahl zu verprellen, weswegen Ludwig Erhard nur sehr bedingt auf die Unterstützung der CDU-Fraktion bauen kann.

Für Ludwig Erhard ist es aber auch nur noch von untergeordneter Bedeutung, ob die Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung bald und in der von ihm vorgeschlagenen Form* verwirklicht werden: Diese spezielle Frage, über die der neue Streit zwischen Adenauer und seinem Wirtschaftsminister vor Wochen entstanden ist, tritt hinter der allgemeinen Sorge Erhards zurück, daß der Kanzler zur Zeit erneut versucht, des Wirtschaftsministers politisches Renommee zu untergraben.

Die konjunkturepolitische Auseinandersetzung ist für Erhard eine Prestige-

* Erhard will die Preise durch steuerliche Maßnahmen drücken. Die Rückvergütung der Umsatzsteuer für von der Bundesrepublik exportierte Waren soll — mindestens teilweise — ebenso wegfallen wie die Umsatzsteuergleichsteuer, mit der Importwaren belegt werden.